

Auszug aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich

vom 21. Dezember 2011

1606. Dringliche Schriftliche Anfrage von Linda Bär und Matthias Probst betreffend «Occupy-Bewegung», Haltung des Stadtrates zu den Anliegen der Bewegung. Am 23. November 2011 reichten Gemeinderätin Linda Bär (SP), Gemeinderat Matthias Probst (Grüne) und 41 Mitunterzeichnende folgende Dringliche Schriftliche Anfrage, GR Nr. 2011/438, ein:

Von der globalen Occupy-Bewegung inspiriert, bildete sich Occupy-Paradeplatz nach offener Mobilisierung aus Interessierten aller gesellschaftlichen Schichten. Weitere Occupy-Gruppierungen entstanden seither in Genf, Basel, Sion, Zug und Bern. In Genf wird die Bewegung im Rahmen einer Tradition von Leistungsverträgen mit der Besetzerszene von den örtlichen Behörden toleriert.

Die Bewegung besteht aus Bürgerinnen und Bürgern, die basisdemokratisch in konsensorientierter Entscheidungsfindung hierarchielose Strukturen entwickeln. Damit streben sie die Erarbeitung realistischer Perspektiven für die ungelösten Probleme der entfesselten Finanzwirtschaft an. Die Herausforderung der Occupy-Bewegung ist es, die grosse Masse von Nichtwählenden zu mobilisieren. Ziel ist, auf die nicht zukunftsfähigen Mechanismen des Finanzsystems aufmerksam zu machen und Interesse für die zahlreichen Lösungsansätze zu gewinnen.

Der Lindenhof war ein farbenfroher und offener Begegnungs- und Kommunikationsraum für Aktivistinnen und Aktivisten und Besucherinnen und Besucher aller Generationen und politischen Gesinnungen und verschiedenster Herkunft geworden. Die Bewegung schaffte auf dem Lindenhof Öffentlichkeit, in welcher sich alle auf Augenhöhe begegnen konnten. Täglich fanden Vollversammlungen und Workshops statt, an denen Menschen sich trafen, Wissen austauschten und Perspektiven erarbeiteten. Auch die täglichen Besuche der Stadtpolizei Zürich waren geprägt von gegenseitigem Respekt.

Die Bewegung geniesst sowohl ideelle und moralische, als auch tatkräftige und materielle Unterstützung aus der Bevölkerung. Die Aktivistinnen und Aktivisten gehen nach ihrem Berufsalltag abends oder ganztags einer selbstbestimmten, politischen, sozialen und unentgeltlichen Arbeit im öffentlichen Interesse nach.

Das globale Ausmass der Schuldenkrise, der Spekulationsblasen, der zunehmenden Arbeitslosigkeit und der Kapitalkonzentration sowie die enorme Bedeutung des Finanzplatzes für die Schweiz legitimieren diese permanente Krisenversammlung und die Anstrengungen zum Einbezug der ganzen Bevölkerung.

Es stellen sich in diesem Zusammenhang folgende allgemeine Fragen:

1. Kann der Stadtrat die Empörung weiter Teile der Bevölkerung über die Massenentlassungen, die private Geldschöpfung sowie die Auswirkungen der Spekulationsblasen nachvollziehen?
2. Dem Vernehmen nach gab es keine Beschwerden der Bevölkerung über Lärmbelästigung im Umfeld des Lindenhofes seit der Anwesenheit der Bewegung? Welche Schlüsse zieht der Stadtrat daraus?
3. Gingen seit dem Auftreten der Bewegung positive oder unterstützende Statements von Seiten der Bevölkerung beim Stadtrat ein? Wenn ja, war ein breiterer Konsens in diesen Statements auszumachen?
4. Was kostete die Stadt Zürich die Räumung des Lindenhofes inklusive die damit verbundenen Stadtrichterkosten, Transportkosten, Beweisaufnahmen, Abklärungen aller Art und Polizeieinsatzstunden?
5. Wieso erachtet der Stadtrat diese Form von öffentlicher Diskussion als nicht bewilligungsfähig? Wie begründet er seine Güterabwägung insbesondere in Bezug auf die Versammlungsfreiheit gemäss Bundesverfassung?
6. Wie begründet der Stadtrat die Tatsache, dass während der Räumung des Camps und seinen BewohnerInnen auf dem Lindenhof keine JournalistInnen zugelassen wurden?
7. Wie sieht der Stadtrat seine Rolle als Vermittler zwischen den reichsten 1% und den restlichen 99% der Bevölkerung in Zürich?
8. Viele Menschen in der Stadt Zürich unterstützen ideell die Occupy-Bewegung. Wie könnte der Stadtrat eine Plattform bieten, um diesen Menschen Gehör zu verschaffen? Sieht sich der Stadtrat in der Lage, Alternativen zum fundierten Einbezug der Bevölkerung in die Thematik der Krise der Finanzwirtschaft anzubieten?

9. Glaubt der Stadtrat, dass die Entscheidung, ob die Schweiz eine aktive Rolle in der Konfliktlösung der globalen Schulden-, Finanz- und Wirtschaftskrise spielen sollte, vom Souverän diskutiert werden muss?
10. Die Stadt Zürich ist hochgradig vom Finanzplatz abhängig und hat deshalb eine besondere Verantwortung gegenüber der Bevölkerung in Bezug auf die kritische Diskussion über das Finanzsystem. Wie gedenkt der Stadtrat diese Verantwortung wahrzunehmen?

Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Stadtrat beobachtet die makroökonomischen Entwicklungen in den letzten Jahren genau. Diese beunruhigen weite Teile der Bevölkerung. Namentlich die in den letzten Monaten erfolgte spekulative Stärkung des Schweizer Frankens hat grosse Folgen für ein exportorientiertes Land wie die Schweiz. Dies gilt sowohl in wirtschaftlicher wie auch sozialpolitischer Hinsicht. Dass viele Menschen angesichts der feststellbaren Salärauswüchse in einzelnen Unternehmen bzw. Branchen enttäuscht sind und sich Sorgen machen, wenn nun wegen des Frankenkurses Entlassungen oder die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland angekündigt werden, kann der Stadtrat nachvollziehen. Er teilt in diesem Sinne die Sorgen der Bevölkerung.

Zu Frage 2: Während der Anwesenheit der Bewegung sind sechs Lärmklagen über die Notrufnummer der Stadtpolizei eingegangen. Das sind verhältnismässig wenige Beschwerden. Der Appell des Stadtrates an die Bewegung, die Nachtruhe zu akzeptieren, wurde gut eingehalten.

Zu Frage 3: Es gingen unterstützende Statements von Seiten der Bevölkerung beim Stadtrat ein. Ein breiter Konsens ist jedoch nicht auszumachen. Die negativen und positiven Rückmeldungen hielten sich in etwa die Waage.

Zu Frage 4: Im Auftrag der Stadtpolizei räumte Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) gemeinsam mit der Stadtpolizei am 15. November 2011 das Zeltlager auf dem Lindenhof. ERZ reinigte anschliessend den Lindenhof. Die Kosten für den Einsatz von ERZ betragen rund Fr. 13 500.–. Die Kosten der Stadtpolizei für deren sicherheitspolizeilichen Einsatz belaufen sich auf rund Fr. 59 000.–. Der Stadtrat hat entschieden, diese Kosten den Verursachenden nicht in Rechnung zu stellen. Den Verzeigten werden die Untersuchungskosten direkt durch die zuständige Untersuchungsbehörde auferlegt. «Abklärungen aller Art» werden von der Stadtpolizei nicht separat erhoben, da sie zum Grundauftrag gehören.

Zu Frage 5: Der Stadtrat hält die Versammlungsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäusserung hoch; eine politische Diskussion auf öffentlichem Grund ist grundsätzlich als Kundgebung bewilligungsfähig. Das Gesuch für ein Demonstrations-Camp auf dem Lindenhof wurde jedoch aus folgenden Gründen abgelehnt:

- Die Occupy-Bewegung stellte ein Gesuch für eine Dauer von 99 Monaten. Eine Bewilligung für die vorübergehende Nutzung des öffentlichen Grundes kann jedoch für längstens 30 Tage erteilt werden. Ansonsten wäre eine Baubewilligung für die massiven Infrastrukturbauten notwendig gewesen. Diese kann in der Freihaltezone jedoch nicht erteilt werden.
- Politische Aktionen sind gemäss Art. 5 der Vorschriften über die Benützung des öffentlichen Grundes zu politischen Zwecken an öffentlichen Ruhetagen und in der Zeit von 22.00 bis 7.00 Uhr nicht erlaubt. Während dieser Zeit dürfen keine politischen Veranstaltungen auf öffentlichem Grund durchgeführt werden.
- Die Occupy-Bewegung hat sich zudem geweigert, eine BewilligungsinhaberIn bekannt zu geben. Bewilligungen können nur an juristische oder natürliche Personen erteilt werden, wobei eine Person mit der Angabe der Personalien als verantwortlich bezeichnet wird.

Diese Einschränkungen der Versammlungsfreiheit gemäss Art. 22 Bundesverfassung sind im

Rahmen von Art. 36 der Bundesverfassung zulässig und verhältnismässig.

Zu Frage 6: Diese Behauptung ist unzutreffend. Insgesamt waren bei der Räumung rund 35 Journalistinnen und Journalisten auf dem Lindenhof anwesend. So wurde denn auch über die Aktion live in den elektronischen Medien berichtet; das Fernsehen sendete Berichterstattungen über die Polizeiaktion.

Zu Frage 7: Die zivilgesellschaftlichen Strukturen sind in der Schweiz stark entwickelt und der Dialog zwischen den gesellschaftlichen Gruppen funktioniert weitestgehend. Die Diskussionen um die Zukunft unseres Landes und die Sicherung der Arbeitsplätze, um die Eindämmung spekulativer Blasen und die Salärauswüchse sind lebendig und werden breit geführt. Den Stadtrat als Kollegium braucht es deshalb nicht als Vermittler zwischen verschiedenen sozialen Schichten und Gruppen in diesen politischen und gesellschaftlichen Prozessen. Die einzelnen Mitglieder des Stadtrates verstehen es aber als die Pflicht und Aufgabe eines Behördenmitgliedes, den Dialog in der Gesellschaft zu stärken und denjenigen Kräften, die einer sozialen und kulturellen Segregation Vorschub leisten, entgegenzuwirken.

Zu Frage 8: Die zivilgesellschaftlichen Strukturen sind in Zürich genügend stark und auch infrastrukturell in der Lage, solche Plattformen für einen gesellschaftlichen Dialog selbstverantwortlich zur Verfügung zu stellen. Der Stadtrat sieht deshalb keine Notwendigkeit, solche Plattformen oder Alternativen von Seiten der Behörden anzubieten.

Zu Frage 9: Der Stadtrat beobachtet, dass die Bevölkerung sich intensiv mit möglichen Lösungen der globalen Finanz-, Schulden- und Wirtschaftskrise auseinandersetzt, sei dies in Internetforen, Veranstaltungen oder im persönlichen Gespräch am Arbeitsplatz oder in der Freizeit. Der Stadtrat beurteilt das grosse Interesse der Bevölkerung an diesen Fragen positiv. Eine Eingrenzung dieser Diskussionen – wie von den Anfragenden verlangt – auf den Soverän, also die Stimmberechtigten, erscheint dem Stadtrat nicht zielführend, weil es einen grossen Teil der Bevölkerung von diesen Debatten ausschliessen würde. Zudem ist der Soverän frei, vom Instrument der Volksinitiative Gebrauch zu machen. Er bedarf dabei keiner Hilfestellung des Stadtrates.

Zu Frage 10: Der Stadtrat kennt die Bedeutung des Finanzplatzes für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Zürich und der ganzen Region. Er will deshalb auch dem Finanzplatz gute Rahmenbedingungen bieten. Er hat aber auch immer seinen Willen unterstrichen, die Zürcher Wirtschaft insgesamt zu stärken und so die Abhängigkeit vom Finanzplatz zu mildern. Der Stadtrat verweist in diesem Zusammenhang auf die Legislaturplanung 2010 bis 2014, in der die Förderung der Kreativwirtschaft als ein mögliches weiteres Standbein der Zürcher Wirtschaft genannt wird. Auch in der Strategie 2025 sind diesbezüglich Massnahmen aufgezeigt, so beispielsweise der Ausbau des Wissens- und Forschungsplatzes oder die Stärkung der Tourismusdestination Zürich.

Vor dem Stadtrat
der Stadtschreiber

Ralph Kühne